

## Aufwachen, Europa!

**Die Gelegenheit für Reformen ist so günstig wie seit Jahren nicht mehr. Aber Frankreich, Italien und Deutschland rühren sich nicht**



Die Wirtschaft profitiert von guten Exporten  
Foto: dpa

Es ist längst mehr als ein laues Lüftchen, das durch die Wirtschaft Europas weht. Um 2,2 Prozent soll die Volkswirtschaft der Europäischen Union (EU) laut Berechnungen der EU-Kommission in Brüssel in diesem Jahr wachsen, nach 1,5 Prozent im vergangenen Jahr. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist so gut wie seit 15 Jahren nicht mehr. Selbst die neuerdings vorsichtige Regierung wird ihre Wachstumsprognose demnächst wohl auf zwei Prozent anheben.

Es wäre die Zeit, das zu tun, was in den Jahren seit dem Platzen der Internetblase liege geblieben ist. Die Wirtschaft Kontinentaleuropas so umzubauen, daß sie die Globalisierung so gut verkraftet wie die USA oder Großbritannien. Als nichts wuchs und die Arbeitslosenzahlen kletterten, waren große Veränderungen am Arbeitsmarkt oder dem paneuropäischen Handel kaum politisch durchzusetzen. Ex-Kanzler Gerhard Schröder könnte ein Lied davon singen.

Jetzt aber ist die Lage anders. Wenn die Wirtschaft wächst, tun Reformen weniger weh. Nur ist davon nichts zu sehen. Vor allem die drei großen Volkswirtschaften in der Mitte des Kontinents, Deutschland, Italien und Frankreich, scheinen von Veränderung so wenig zu halten wie eh und je. Europa hat die größte Chance seit Jahren. Aber es nimmt sie nicht wahr.

**"Mehr Flexibilität wird immer noch gleichgesetzt mit dem Siegeszug des blanken Kapitalismus", sagt Ann Mettler, Direktorin des Lisbon Council, der wohl einzigen zivilgesellschaftlichen Interessengruppe, die sich für und nicht gegen Wirtschaftsreformen einsetzt. "Dabei kann ohne sie die Arbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern schlicht nicht sinken. Die Stimmung ist jetzt besser, aber ganz wenige Regierungen wagen sich an Reformen."**

Ganz im Gegenteil. In Frankreich kippten wütende Protestierer nicht nur die geplante Beschränkung des Kündigungsschutzes, sondern wollen jetzt auch die zaghafte Flexibilisierung der vergangenen Jahre gleich mit abschaffen. Die Italiener wählten ihre neue Regierung mit einer so knappen Mehrheit, daß dem neuen Premierminister Romano Prodi nichts anderes übrigbleiben dürfte, als auch die Wünsche seiner kommunistischen Koalitionspartner sehr ernst zu nehmen, will er nicht seine Handlungsfähigkeit verlieren.

Und Deutschland will nicht nur die Finanzprobleme seines Gesundheitssystems mit mehr Geld statt Effizienz lösen. Der großen Koalition scheint der Staat auch grundsätzlich

wichtiger zu sein als der Bürger. Am Donnerstag jedenfalls befand der designierte SPD-Chef Kurt Beck, daß die Bevölkerung alles in allem viel zu wenig Abgaben zahle: "Mit der aktuellen Steuerlastquote von 20 Prozent können wir die Republik nicht mehr zukunftsfähig gestalten."

Das klingt nicht danach, als sei von der Regierung in naher Zukunft mehr wirtschaftliche Power zu erwarten. Wobei es natürlich noch schlimmer ginge. Dank der Hartz-Reformen ist Deutschland zumindest bezüglich des Arbeitsmarkts ordentlich vorangekommen.

Aber Europa hätte viel mehr nötig. Nach wie vor hinkt der Kontinent, und vor allem die zwölf Länder der Eurozone, anderen Wirtschaftsnationen wie den USA oder Großbritannien bei wichtigen Kennzahlen hinterher. Laut der jüngsten Daten der Pariser OECD stand die Arbeitslosenquote des Währungsblocks im Februar bei 8,2 Prozent. Das waren 0,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Konjunkturaufschwung zeigt also offensichtlich Wirkung. Die Vereinigten Staaten allerdings zählten im März nur 4,7 Prozent Arbeitslose. Dies bedeutet noch einmal einen Rückgang von 0,4 Prozent zum 2005er-Vergleichswert - und schon damals sahen die Ökonomen "Vollbeschäftigung" in Amerika.

Auch beim Wirtschaftswachstum sieht die Alte Welt nicht gut aus. Im Schnitt der zehn Jahre von 1995 bis 2005, und darin der Megaboom der "New Economy", nahm die Wirtschaftsleistung der Eurozone nur um etwas mehr als 1,8 Prozent zu. Die Gesamtproduktivität Europas fiel laut dem Forschungsnetzwerk CESifo in den 15 Staaten der alten EU während der vergangenen fünf Jahre von 0,5 auf weniger als 0,4 Prozent. In den USA legte der Wert im gleichen Zeitraum von 1,1 auf fast 1,7 Prozent zu. Großbritannien liegt gleichauf.

Es sind gerade die Großen, eben Deutschland, Frankreich und Italien, die den Schnitt nach unten ziehen. Zwischen acht und zwölf Prozent Wirtschaftsleistung konnten die drei in den vergangenen zehn Jahren insgesamt zulegen und liegen damit am Ende aller 25 EU-Länder. Irland wuchs im gleichen Zeitraum um fast 70 Prozent, Finnland, Spanien, Schweden und andere kommen immerhin auf zwischen 25 und 35 Prozent. Das Verhältnis der Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt liegt in Deutschland, Frankreich und Italien bei 66, 65 beziehungsweise 104 Prozent. Keines der Länder dürfte dem Euro beitreten, wenn die Maastricht-Kriterien von 1999 heute angelegt würden.

Die Probleme der drei sind zwar unterschiedlich. Gemeinsam aber ist ihnen, daß es an dem fehlt, was im Zeitalter der Globalisierung den Unterschied zwischen Erfolg und Mißerfolg bedeutet und in den USA und Großbritannien in den 90er Jahren beispiellose Boomzeiten auslöste: Flexibilität. Beide Staaten konnten ihre Arbeitslosigkeit damals halbieren, in England fiel die Quote von 10,5 auf 5,3 Prozent.

Auch in Kerneuropa könnte das funktionieren. EU-weit müßten dazu Produkt- und Finanzmärkte weiter geöffnet, in den einzelnen Staaten vor allem die Arbeitsmärkte dereguliert werden. Daß vor allem letzteres nicht unsozial sein muß, zeigen Studien wie die des belgischen Wirtschaftswissenschaftlers und EU-Kommissionsberaters André Sapir. Er

hat Europas Arbeitsmärkte auf ihre Effizienz, also die Arbeitslosigkeit, und den damit einhergehenden Grad an Verteilungsgerechtigkeit hin untersucht.

"Ich möchte kein Urteil zum richtigen Grad der Verteilungsgerechtigkeit abgeben", sagt Sapir. "Aber es ist empirisch klar zu sehen, daß das skandinavische Modell, also wenig Kündigungsschutz zusammen mit viel Unterstützung durch den Staat bei Weiterbildung und Arbeitslosengeld, so effizient arbeitet wie das angelsächsische Modell. Gleichzeitig ist es nicht "ungerechter" als das rheinische Modell, das Deutschland oder Frankreich haben. Der Grad der Verteilungsgerechtigkeit ist in etwa gleich."

Schon im März 2000 hatten die Staatschefs der EU beschlossen, diese und andere ziemlich unumstrittene Wahrheiten in praktische Politik umzusetzen. Dank der Lissabon-Agenda sollte die Union bis 2010 zum "attraktivsten Wirtschaftsraum der Erde" werden, um durchschnittlich drei Prozent im Jahr wachsen und so knapp 20 Millionen neue Jobs schaffen. Getan wurde für diese Ziele seitdem so gut wie gar nichts. Als Lissabon immer mehr zur peinlichen Lachnummer verkam, beschloß die EU hastig "Lissabon 2", wo man sich vom Stichtag 2010 verabschiedete, die zu unternehmenden Reformschritte dafür aber konkreter ausführte. Bisläng ohne großen Erfolg.

Weil die EU-Zentrale in Brüssel nur Dinge wie den grenzüberschreitenden Wettbewerb tatsächlich vorantreiben kann, Strukturreformen an Arbeitsmärkten oder Steuersystem aber in den einzelnen Mitgliedsstaaten hängenbleiben, kommt die Agenda kaum vorwärts. "Die politischen Führer der Länder wissen, was zu tun ist", meint Charles Grant, Chef des Londoner Forschungsinstituts Centre for European Reform. "Die Lissabon-Agenda enthält alle Ziele. Aber wie Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker sagte: Jeder weiß, welche Reformen gemacht werden müssen. Aber niemand weiß, wie man sie machen und anschließend Wahlen gewinnen soll."

Außer politischem Unwillen gibt es also kaum eine Entschuldigung für die europäische Untätigkeit. Der allerdings nimmt offenbar eher ab als zu. In Frankreich dürfte vor der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr gar nichts mehr passieren. Eine stringente Wirtschaftspolitik in einem Italien, das von einer 13-Parteien-Koalition regiert wird, ist kaum vorstellbar. Und in Deutschland scheint klar, daß Angela Merkels Maggie-Thatcher-Eindruck aus dem Wahlkampf kaum mehr hätte täuschen können. "Es ist bitter zu sehen, daß die drei großen europäischen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und Italien echten Reformschwung bislang vermissen lassen", sagt Burkhard Schwenker, Chef der Unternehmensberatung Roland Berger. "Das wird sich spätestens beim nächsten Konjunkturabschwung rächen."

Das renommierte britische Wirtschaftsmagazin "The Economist" sieht das noch etwas düsterer. "Es gibt wohl nur einen ebenso sicheren wie deprimierenden Weg, das Versagen Kerneuropas aufzuhalten", schrieb das Blatt am Donnerstag in einem schon fast verzweifelten Leitartikel. "Eine noch schlimmere Wirtschaftskrise. Der sind wir in dieser Woche sicher um einiges näher gekommen." *Ulrich Machold*

Artikel erschienen am 16. April 2006